

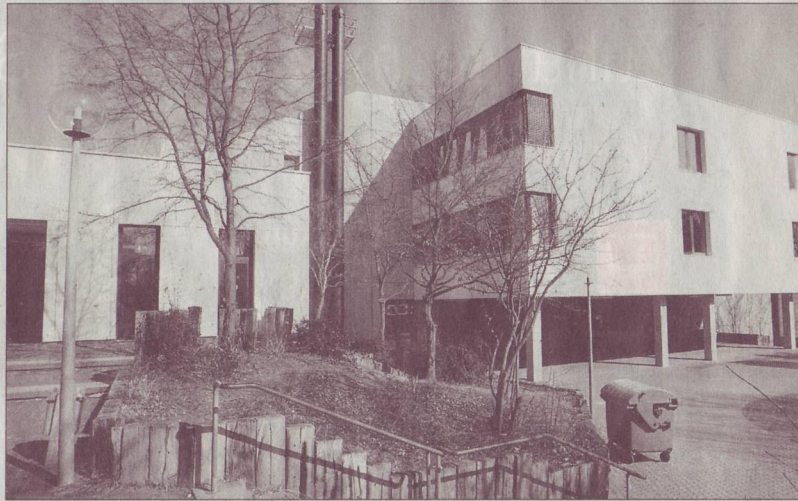
„Eine regionale Lösung wird es nicht geben“

BILDUNG Falls in Alfter eine Gesamtschule errichtet wird, muss die Gemeinde die Kosten alleine stemmen

Von **Sandra Kreuzer**

ALFTER. Ob und wann die Gesamtschule Alfter kommt – darauf wollte sich Regierungspräsident Hans Peter Lindlar beim Treffen der sechs linksrheinischen Bürgermeister in Meckenheim (der GA berichtete) nicht festlegen lassen. „Er wartet auf den Schulentwicklungsplan. Vorher kann er keine Aussage machen“, sagte Bürgermeisterin Bärbel Steinkemper auf Anfrage. Nur soviel habe sie im Gespräch mit ihm erfahren: „Die Gesamtschule wird keinesfalls Zustimmung finden, wenn dadurch die bestehenden Schulen der Nachbarkommunen in Frage gestellt werden.“

Genau das soll der Schulentwicklungsplan beantworten, mit dessen 24 000 Euro teurer Ausarbeitung der Kölner Stadtplaner und Diplom-Volkswirt Paul Günter Jansen Ende November von der Alfterer Verwaltung beauftragt wurde und derzeit noch beschäftigt ist. Erste Ergebnisse stellte er am 26. Februar im Schulausschuss der Gemeinde vor. Wann Teil zwei folgt, der eigentlich für Mai vorgesehen war, ist offen. Was noch fehlt, sind diverse Zahlen aus



Möglicher Standort: Die Elterninitiative würde die Gesamtschule gerne in der Oedekovener Hauptschule unterbringen. FOTO: WOLFGANG HENRY

Bonn und Bornheim, die von beiden Städten angefordert worden waren, weil diese über diejenigen Gesamtschulen verfügen, die von den Alfterer Kindern besucht oder beim Wechsel nach der Grundschule favorisiert werden.

Angefragt wurde, wie viele Schüler aus Alfter mit welcher Empfehlung an den jeweiligen Gesamtschulen aufgenommen und wie viele abgelehnt wurden. Auch soll geklärt werden, wie viele

Schüler aus anderen Kommunen abgelehnt wurden, die eine vierzügige Gesamtschule in Alfter besuchen könnten und welche Auswirkungen eine zusätzliche Gesamtschule auf Schülerströme und vorhandene Schulen hätte.

Geklärt werden müsse auch, ob eine der Nachbarkommunen bereit ist, die Mädchen und Jungen aufzunehmen, die zurzeit noch die Hauptschule in Oedekoven besuchen und nach einer Auflösung

dieser Schule untergebracht werden müssten. Fest steht dafür laut Steinkemper bereits, dass es „mit Sicherheit keine regionale Lösung“ geben wird, sprich eine Gesamtschule mit Standort in Alfter, an der sich die sechs linksrheinischen Kommunen beteiligen könnten. Der Vorschlag, den sie selbst in die Diskussion gebracht hatte, sei von den Kollegen mit einem „ernst zu nehmenden Hinweis“ auf die demografische Entwicklung und das finanzielle Risiko verworfen worden.

Ob nun Alfter die Gesamtschule, wie von der Elterninitiative Gesamtschule Alfter gefordert, in den Räumen der Oedekovener Hauptschule stemmt, macht die Bürgermeisterin vom Rat abhängig. „Das ist eine eindeutig politische Entscheidung.“ Erst recht, wenn die erforderliche Zahl von 112 Absichtserklärungen aus der Gemeinde nicht erreicht und aus der Pflicht- eine freiwillige Aufgabe für die Verwaltung würde.

Käme es dazu, müssten nicht nur die Bezirksregierung und die Nachbarkommunen, denen dann Kinder für ihre eigenen Schulen fehlen würden, ihr Plazet geben, sondern auch die Kommunalauf-

sicht, so Steinkemper. Schließlich müsste laut Planer Paul Günter Jansen über das Platzangebot der Hauptschule hinaus mit 5,5 bis acht Millionen Euro Investitionskosten für 16 neue Klassen und neun Fachräume gerechnet werden. Des Weiteren rechnet Steinkemper pro Jahr mit laufenden Kosten von einer Million Euro. Mindestens verdreifachen würden sich ihrer Einschätzung nach die Schülertransportkosten für die Einpendler, die Anspruch auf Erstattung der Fahrkosten haben. „Das würden wir auch mit dem Anstieg der Schülerpauschale nicht auffangen.“ Es sei somit zu überlegen, ob man sich angesichts „eines relativ kleinen Teils von Schülern, deren Problem es nicht ist, dass sie nicht beschult werden können“ so binden wolle.

Falls es zu einer Errichtung einer Gesamtschule komme, „sind wir direkt wieder im Haushaltssicherungskonzept“, meinte Steinkemper. Der „mühsam“ in den „letzten Jahren“ erarbeitete Freiraum, der eine Verbesserung und Erweiterung von Schulgebäuden und die Sanierung von Sportstätten möglich mache, „fällt dann so flach wie in den vergangenen zehn Jahren“.